

# Europa und die Demokratie

*Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg wurden demokratische Grundsätze und Institutionen so grundsätzlich in Frage gestellt wie heute. Ohne Demokratie in ihrer eigenen Rechtsordnung aber droht die EU zu zerschellen. Von Andreas Auer*

Die internationale Schulden- und Finanzkrise schlägt auch Wellen in bisher eher stillen Gewässern. So zum Beispiel im Bereich der Demokratie. Sie hat sich als Staatsform seit der Aufklärung langsam herausgeformt, stetig entwickelt und schliesslich weltweit durchgesetzt, nicht zuletzt, weil sie für die Gesellschaft und die Wirtschaft Freiräume schuf, welche gleichzeitig politische Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand ermöglichten. Sie stützt sich auf Mechanismen, die das Volk in seiner doppelten Eigenschaft als Stimmbürgerschaft und Bevölkerung, als Ekklesia und als Demos, ins eigentliche Zentrum der Staatsstruktur stellen und zum höchsten Staatsorgan erklären. Vom Volk periodisch gewählte Parlamente und Präsidenten bilden Regierungen, die ihm mittelbar verpflichtet bleiben und eine Politik verfolgen sollen, die im öffentlichen Interesse liegt. Als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie haben sich hier und dort direktdemokratische Instrumente eingenistet, die dem Volk wichtige Sachentscheide vorbehalten und es ihm ermöglichen, selber zu bestimmen, was vom öffentlichen Interesse getragen werden soll. Demokratie schafft Legitimation, und Legitimation lässt Macht als gerechtfertigt erscheinen.

## *Druck der Finanzmärkte*

Diese hehre Welt ist ins Wanken gekommen. Was Marx und seine Anhänger vor mehr als 150 Jahren für gegeben gehalten haben, was damals aber kaum erwiesen war, nämlich dass die kapitalistische Infrastruktur die staatliche Superstruktur in Beschlag nimmt und nach ihren Bedürfnissen ausrichtet, wird nun immer mehr zur brutalen Tatsache. Wohl gemerkt nicht im Namen des Proletariats, sondern zur Rettung des Liberalismus. Dem vereinten Druck der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte haben Parlamente und Regierungen nichts entgegenzusetzen. Nolens volens werden Sparprogramme durchgesetzt, die vor dem Volk schlicht unververtretbar sind. Die klassischen Mechanismen der parlamentarischen Demokratie – Investitur, Misstrauensvotum, Vertrauensfrage – kommen angesichts der finanziellen Sachzwänge kaum mehr zum Spielen. Regierungen werden nicht mehr nach parteipolitischen und damit zumindest mittelbar demokratischen Gesichtspunkten, sondern nach «technischen» Kriterien ausgewechselt und gebildet. Wichtiger als deren parlamentarische Abstützung ist das Vertrauen der Märkte. Die Investitur erfolgt nicht mehr durch Volksvertreter, sondern kommt von der Börse. Ehemalige Haifische der Privatwirtschaft werden plötzlich als letzte Retter gegen Staatskonkurs einberufen. Um politische Verantwortung abzuwälzen, werden Referenden in Aussicht gestellt, die dem Volk die freie Wahl zwischen Pest und Cholera belassen (NZZ, 4. 11. 11). Wo während Jahrzehnten der Staat der Wirtschaft den Rahmen ihrer Entwicklung setzte – manchmal

eng, manchmal etwas weiter –, schnürt heute die Finanzwelt dem Staat und seiner Politik ein immer enger werdendes Korsett.

Die grosse Verliererin ist die Demokratie, auf allen Ebenen. Das Volk als Staatsorgan und seine Repräsentanten werden buchstäblich ausgebootet oder zu Prügelknaben erklärt. Wie kann ein Parlament einer Regierung das Vertrauen verweigern, die das Plazet vom Duo Merkel/Sarkozy erhalten hat? Was für eine Bedeutung kann Wahlen zugemessen werden, wenn den Parteien und damit den Wählerinnen und Wählern kaum Alternativen zum finanztechnisch vorgeschriebenen Sparkurs verbleiben? Wie kann man dem nationalen Stimmvolk eine finanzpolitische Grundsatzfrage vorlegen, deren Antwort unmittelbar die Finanzpolitik aller europäischen Staaten betrifft? Gleichzeitig erscheint die nationale Demokratie als unüberwindbares Hindernis, um in der EU einen Ausweg aus der Finanzkrise zu finden. Fast alle sind sich darin einig, dass dies wenn nicht über eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik, so doch zumindest über gemeinsame Anleihen (Euro-Bonds) führen muss.

Dieser Quantensprung bedingt aber Vertragsänderungen, und solche müssen unter Aufsicht der Verfassungsgerichte von nationalen Parlamenten oder von den Bürgern genehmigt werden. Der Union mehr Kompetenzen zu erteilen zu einem Zeitpunkt, wo das gesamte Gefüge seinen Halt verlor und ein deutsch-französisches Duo auf Kosten der Unionsorgane das Zepter übernommen hat – dies wagt wohl kaum eine Regierung ihrem Parlament vorzuschlagen.

## *Legitimität*

Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg wurden die demokratischen Grundsätze und Institutionen in ihren Wurzeln so grundsätzlich verkannt, in Frage gestellt und ausgeschaltet. Das könnte sich rächen. Ohne Demokratie verliert der Staat seinen Halt in der Bevölkerung und damit seine Legitimität. Ohne Demokratie in ihrer eigenen Rechtsordnung droht die EU an der mitgliedstaatlichen Demokratie zu zerschellen. Wenn der Konflikt zwischen Finanzzwängen und Volkssouveränität offen ausbricht, können innerhalb und ausserhalb des Staates Kräfte erwachen, die weder Demokratie noch Liberalismus auf ihre Fahne geschrieben haben.

.....  
**Andreas Auer** ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Zürich und Direktor des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA).